

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 65, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 192 - 297
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftsjahr 24 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW 65, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 192 - 297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Reichswehr als Angeklagte.

Die Verteidigung im Fememordprozeß beschuldigt die Reichswehrleitung der
Aufstiftung und Begünstigung.

In Moabit ist es heute vormittag zu einer Explosion gekommen. Die Verteidigung der Fememörder, die nicht mehr, hinter verschlossenen Türen wie vor der Bombenkammer und öffentlich vor dem Landsberger Gericht, in „nationalen“ Tönen schweigen kann, die zum erstenmal erleben muß, daß mit einiger Konsequenz die Fäden der Feme in der Schwarzen Reichswehr aufzudecken versucht wird. Diese Verteidigung verliert plötzlich ihre Nerven. Sie hat ganz offen ausgesprochen, daß die eigentlich Schuldigen an den Blutgerichten nicht die Angeklagten, sondern leitende Reichswehrbeamte seien, die in jener Zeit auch die Schwarze Reichswehr betreuten. Sie hat, ein bisher unerhörter Vorfall, den als Zeugen anwesenden Hauptmann Rainer vom Wehrkreis III offen beschuldigt, daß er eigentlich mit auf die Anklagebank gehöre!

Diese Beschuldigung ist nicht von ungefähr. Aus sogenannten nationalen Gründen haben die gleichen Verteidiger bisher in all den Fememordprozessen dafür gesorgt, daß die „niedereren“ Teilnehmer an den Mordkomplotten verurteilt wurden, die Schwarzen Offiziere aber frei ausgingen. Jetzt im Wilms-Prozeß, dem letzten seiner Art, wird zum ersten Male von der Verhandlungseileitung mit einer erschreckenden Rücksichtslosigkeit der nationale Schleiher beiseitegeschoben und die blutige Frage des Mordgesellens in ihrer Blöße enthüllt. Die deutschnationalen Verteidiger geraten darüber aus dem Häuschen. Noch im letzten Augenblick versuchten sie, durch Knalleffekte die Aufmerksamkeit vom Kern der Dinge abzulenken. Mit der Drohung, die Verteidigung niederzulegen und damit diese ganze Prozeßführung illusorisch zu machen, begann das Verzweiflungsmandat; mit der offenberaugen Beschuldigung leitender Reichswehrbeamte wurde es fortgesetzt und zunächst wenigstens soviel erreicht, daß heute die Verhandlung abgebrochen und vertagt werden mußte. Es sollen zunächst militärische Sachverständige vernommen und dazu die Genehmigung des Reichswehrministers eingeholt werden.

Herr Gehler ist in diesem Augenblick durch einen Trauerfall in seiner Familie — ihm ist der zweite und letzte Sohn plötzlich verstorben — wahrscheinlich wenig in Stimmung, sich mit diesen Dingen persönlich zu beschäftigen. Er hat aber im Reichstag offen zugefagt, daß nichts Verheimlicht und vertuscht werden solle. Wir zweifeln deshalb nicht daran, daß er auch die Genehmigung zur Aussage als Sachverständige allen Offizieren neben wird, die dazu voraussagen und genannt sind. Selbst wenn einige dieser Offiziere mitschuldig sein sollten, darf durch ihre Behinderung an der Aussage nicht die Vereinfachung des Schandflecks hinausgeschoben werden, den die Schwarze Reichswehr mit all ihren Begleiterscheinungen in der Geschichte unseres Volkes darstellt.

Das Aufbrausen und die Erregung der Verteidiger kurz vor Abschluß des Prozesses ist mehr als verständlich. Sie wollen verhindern, daß die Angeklagten als gemeine Mörder verurteilt werden. Deshalb die Ablenkungsversuche, deshalb das Herbeischaffen von immer neuen Zeugen, die bisher in der Verborgenheit geblieben waren. Der Staatsanwalt sollte sich überlegen, ob er diese plötzlich auftauchenden neuen Zeugen, die bisher ihre angebliche Wissenschaft geheim gehalten hatten, nicht nachträglich wegen Begünstigung von Mordbuben zur Rechenschaft ziehen müsse.

Auf jeden Fall darf man der Fortsetzung der Verhandlung in den nächsten Tagen mit noch größerem Interesse entgegensehen als das bisher schon der Fall war.

Nach Eröffnung der Verhandlung beschwerte sich der Belastungszeuge Rentsch darüber, daß er von dem Zeugen Becker angepöbeln und „falsches Subjekt“ beschimpft worden sei. Der Vorsitzende verwarnete dann Becker sehr ernstlich.

Dann ging das Gericht noch einmal auf den Fall der verurteilten Festnahme des H.A.-Mannes Eckelt ein, der bekanntlich auf Anordnung des Oberleutnants Budzinsky durch Umheler festgenommen werden sollte. Umheler hat nach Aussage des Kriminalassistenten Droschert erklärt, daß Eckelt von der Reichswehr wegen Fahnenflucht und Verrates militärischer Geheimnisse festgenommen wurde und daß er ihn in die Kladbelle zu bringen habe. Der Zeuge stellte jedoch fest, daß diese Angabe Umheler nicht stimmte. Daher hat der Zeuge Eckelt der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums zugeleitet. Weiter befandete Polizei-Assistent Droschert, er habe einen Mann namens Reyer von der Technischen Reichsanstalt vernommen, der ausfagte, daß Budzinsky ihn gebeten habe, den Eckelt festzunehmen, falls er zu ihm kommen sollte. In diesem Falle sollte Reyer Budzinsky unter dem Spitznamen „Seelenachse“ in der Kladbelle anrufen. Am Tage nach der Einlieferung des Eckelt in das Polizeipräsidium sei dann ein Leutnant mit 10 Mann gekommen — der Zeuge glaubte, daß es Budzinsky gewesen sei —, um Eckelt abzuholen. Angekl. Budzinsky: Ich war mit zwei

Mann auf dem Polizeirevier, um im Auftrage der Division den Eckelt festzunehmen und abzuliefern. Staatsanwalt Lesser: Wer hatte Ihnen bei der Division den Auftrag hierzu erteilt? Angekl. Budzinsky: Ich hatte von Hauptmann Reiner dazu den schriftlichen Befehl bekommen. Staatsanwalt Lesser: Bei Eckelt ist ein Brief des Leutnants Reichelt von der Infanterieschule Potsdam gefunden worden, in dem sich der Vermerk befindet:

„Ich erinnere Sie an das beschworene Schweigen.“

Der Vorsitzende verlas darauf den Brief. Schulz: Das Vorgehen Reichelts war natürlich eine Dummheit. Aus Befragen der Verteidigung und des Vorsitzenden, ob öfters derartige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Reichswehr entstanden seien, und was in solchem Falle zu geschehen hätte, erklärte Hauptmann Rainer, es sei immer darauf angekommen, was der betreffende Mann getan habe. An und für sich habe man ja bei einfachem Weglaufen keine Strafgewalt über ihn gehabt. Wenn er jedoch zur Entenkommission gehen wollte, wie dies wiederholt vorgekommen sei,

dann wäre jedes Mittel recht gewesen,

das zu verhindern. Vor allen Dingen hätte deswegen zuerst Klarstellung werden müssen, was für Absichten der Mann habe. Justizrat Hahn: Es war doch wohl so, daß zwischen dem Reichswehrministerium und dem preußischen Innenministerium eine Vereinbarung darüber bestand, was man wollte, daß dieses Einverständnis aber nicht bei den untergeordneten Stellen vorhanden war. Hauptmann Rainer: Sowohl. Dazu war die Zeit für den Aufbau dieser Formationen zu kurz gewesen. An und für sich war also das Bestreben Budzinsky richtig, ob auch kein Vorgehen, lasse ich dahingestellt. Vors.: Sie finden das also nicht auffällig? Rainer: Nein. Staatsanwalt Lesser: Sechs Wochen vorher hatte der Fall Pannier genau so angefallen. Pannier hatte sich auch unter dem Schutz der Polizei gestellt und wurde dann auf Veranlassung Stantius zur Division gebracht. R.-A. Bloch: Nicht auf Veranlassung Stantius. Staatsanwaltschaftsrat Lesser: Jedenfalls wirkt das ein Licht auch auf diesen Fall und auf das Verhalten Umheler.

Der Angeklagte Dr. Stantius gab dann eine Darstellung, weshalb Pannier von der Polizei abgeholt worden sei. Hauptmann Rainer erklärte Stantius Vorgehen für korrekt.

Als die Verteidigung dann über diesen ganzen Fragenkomplex die Vernehmung des Oberleutnant Held und des Hauptmanns Rainer als Sachverständiger verlangte, wies die Staatsanwaltschaft darauf hin, daß hierfür erst die Genehmigung des Reichswehrministeriums eingeholt werden müsse. Das gab zu großer Entrüstung auf der Verteidigerbank Anlaß, da man hier angenommen hatte, daß diese beiden Offiziere nicht nur als Zeugen, sondern auch als Sachverständige reladen seien.

Justizrat Hahn: Ich beantrage, die Verhandlung abzubrechen und sofort die Genehmigung des Reichswehrministers einzuholen. Es handelt sich für uns darum, ob Stantius und Budzinsky in diesen beiden Fällen als Offiziere der Schwarzen Reichswehr trakt ihres Amtes gehandelt haben. Rechtsanwält Bloch: Ich schließe mich diesem Antrage an, zum Beweise dafür, daß

die Auffassung der legalen Reichswehr dahingegen, Leute, die von der Polizei festgehalten wurden, zu ihren Arbeitskommandos zurückzubringen, um ihnen den Mund zu stopfen.

Es folgt eine erregte Debatte zwischen Staatsanwalt und Verteidigung. Erster Staatsanwalt Krombrecht: Wir stimmen uns ja nicht gegen die Vernehmung der genannten Herren, wir verlangen nur, daß die Genehmigung des Reichswehrministeriums vorher ordnungsmäßig eingeholt wird, damit hier keine Revolutionäre geschloffen werden.

Justizrat Hahn: Ich habe den Standpunkt der Regierungstellen, des Justizministeriums und des Gerichts, in aller Öffentlichkeit zu verhandeln, bisher akzeptiert. (Erregt): Aber wie sieht es denn in der Praxis aus. Als nur das Wort „Ruhelosigkeit“ hier fiel, da brach man von allen Seiten ab. (In hoher Erregung):

Ich verteidige in diesem Saale nicht einen Schritt weiter, wenn das Gericht nicht einen Beschluß herbeiführt, die genannten Herren als Sachverständige zu hören. Sie sollen die Dinge sagen, wie sie gewesen sind, die, die es angeht, damit es hinterher nicht heißt, die Verteidigung habe Landesverrat getrieben.

Staatsanwalt Lesser: Ich widerspreche der Vernehmung des Oberleutnants Held und des Hauptmanns Rainer; wenn das Gericht Sachverständige für notwendig hält, so möge man nicht die von der Verteidigung vorgeschlagenen Offiziere hören. Das Reichswehrministerium hat uns den Oberst v. Hammerstein vorgeschlagen, der diese Dinge ganz genau kennt, der aber als Zeuge nicht in Frage kommt, da er mit den zur Verhandlung stehenden Straftaten gar nichts zu tun hatte. Justizrat Hahn (sehr erregt): Ich erkläre dem Gericht nochmals, daß ich niederlege, wenn der Antrag der Verteidigung nicht durchgehen sollte.

Wir legen allen Wert darauf, daß hier Oberleutnant Held und besonders Hauptmann Rainer darüber an er Eid getagt werden, ob nicht alle Fäden der Schwarzen Draußenkollon in der Hand des Hauptmann Rainer zusammenliegen.

Ich nehme an, es liegt der Regierung, dem Justizministerium und auch dem Gericht daran endlich einmal Aufklärung über diese vielumstrittenen Fragen zu schaffen. Wir und die ganze Öffentlichkeit waren im Verlauf dieses Prozesses der Ansicht, daß nicht das geringste mehr verborgen werden soll. Vors.: Genügt es Ihnen, wenn das Gericht all diese Fragen als wahr unterstellt? Justiz-

rat Hahn: Keineswegs, denn Ihre Einstellung, Herr Vorsitzender, war ja soeben noch die, daß der Oberleutnant Budzinsky sich der Freiheitsberaubung schuldig gemacht hat, als er beschlagsmäßig einen Mann festnahm. Die von uns benannten Sachverständigen aber werden Ihnen sagen, daß alles das, was damals geschah und was sicherlich nicht rechtmäßig war, nicht auf die Schultern derer gelegt werden kann, die jetzt auf der Anklagebank sitzen, und der Schuldkomplex gegen Oberleutnant Schulz wird Ihnen dann auch in einem ganz anderen Licht erscheinen. R.-A. Bloch (ebenfalls erregt): Seit acht Tagen wird in diesem Saale vom Gericht und von der Staatsanwaltschaft an gewissen Dingen gestillschlich vorbeigeredet. Ich betone im voraus: Es ist nicht unsere Schuld, wenn

das Bistier jetzt endlich gelöst werden muß.

Ich bedaure, daß ich das Herrn Hauptmann Rainer ins Gesicht sagen muß, was jetzt folgt:

Wenn man schon Leute auf die Anklagebank setzt, die für die Vorgänge im Jahre 1923 büßen sollen, warum sieht dann Hauptmann Rainer nicht neben Oberleutnant Budzinsky? (Große Bewegung im ganzen Saale.) Wir haben es bisher in allen Prozessen erleben müssen, daß man auf die Schultern der Angeklagten, der untergeordneten Persönlichkeiten, der Opfer anderer Leute die Schuld wälzen will, die in Wirklichkeit doch ganz andere Leute trifft.

Aber auch ich erkläre: Wir pallieren nicht länger mit diesen Herren. (Große Bewegung.) Erster Staatsanwalt Krombrecht: Ich protestiere dagegen, daß die Staatsanwaltschaft an den Dingen bisher vorbeigeredet hat. Hauptmann Rainer bittet dann, von seiner Person nach den letzten Ausführungen des Rechtsanwalts Bloch Abstand nehmen zu wollen.

Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht, als Sachverständige den Oberst v. Da und den Oberleutnant v. Hammerstein zu laden und sich die Vernehmung weiterer Sachverständiger vorzubehalten.

Der Vorsitzende ließ dann die im Pannier-Prozeß verurteilten Leutnant Benn und Feldwebel Stein als Zeugen aus der Haft vorführen. Daraufhin verlangte jedoch die Verteidigung, daß diese Vernehmung in Gegenwart der vom Gericht nunmehr benannten militärischen Sachverständigen und des Majors Buchwacker stattfinden solle. Diese Forderung verurteilte Schmieritzky insofern, als Oberst v. Da Regimentalstabskommandeur in Kolberg ist, von dort erst telegraphisch herbeigerufen werden muß und nicht vor morgen erscheinen kann. Der Vorsitzende legte daraufhin der Verteidigung nochmals nahe, auf diese Sachverständigen zu verzichten. Da die Verteidigung auf diese Anregung nicht einging, mußte um 1/2 12 Uhr vormittags die Verhandlung abgebrochen und auf den morgigen Freitag früh 9 1/2 Uhr vertagt werden.

Volksbeglückung auf Bajonetten.
Betrogene Betrüger.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

Jede Diktatur muß aus der Phale der gewalttätigen Eroberung in die der Volksbeglückung überzugehen suchen; am dringendsten ist diese Notwendigkeit natürlich für eine Diktatur, die ein demokratisches Regime abgelöst hat. Es sieht sich bekanntlich ungemächlich auf Bajonetten. Freilich hat sich der Faschismus von Anfang an auf die Spitze der Bajonette ein dices und breites Riffen kapitalistischer Interessen gelegt. Aber Italien ist zu arm, um einer Plutokratie eine langjährige Herrschaft zu sichern. Eine auf Entrechtung der Arbeiterschaft gegründete Vorherrschaft des Kapitalismus und der Hochfinanz wird in einem Lande mit geringen Kapitalien und geringer Entwicklung der Industrie notwendig parasitär, und die italienische Volkswirtschaft hat nicht, wie etwa die der Vereinigten Staaten, die Möglichkeit, eine breite Schicht von Schmarozkern fett zu machen, ohne langsam an Entkräftung zugrunde zu gehen.

Daher sucht der Faschismus jetzt, sich auf dieselbe breite Masse zu stützen, die er entrechtet hat. Mit der Miliz allein geht es nicht, denn diese beansprucht einen so breiten Spielraum der Illegalität, daß an ihm jedes moderne Staatswesen über kurz oder lang zugrunde gehen müßte. Das Idyll zwischen Faschismus und Hochfinanz ist auch nicht mehr so ungestört, wie in den ersten Jahren. Der Handel ist unzufrieden über die Steuerlast und über die Ungerechtigkeit ihrer Verteilung sowie über die obligatorischen Abgaben an die Faschistische Partei wie über die obligatorischen Schmiergelder. Die Industrie empfindet den Kapitalmangel schwer, wie er sich aus der Destinationspolitik ergibt. Die Banken klagen über die Bevorzugung gewisser Gruppen und über die nie endende gesetzliche Einmischung. Der ganze Kapitalismus muß seinem Wesen nach der beständigen Bevormundung widerstreben, die die Seele der muffelnsischen Gesetzgebung ausmacht. Der Staat als große Kinderstube kann vorübergehend den Kapitalisten angenehm und bequem sein, weil dabei die bösen Buben unschädlich gemacht und abgestraft werden, aber auf die Dauer braucht jede moderne Wirtschaft

Bewegungsfreiheit, bis sie nicht jenen Höhepunkt der Entwicklung erreicht hat, der die Sozialisierung ermöglicht.

In seiner heutigen Phase braucht somit der Faschismus ein „beglücktes Volk“. Welche sein Volk, das sich selbst regiert, wohl aber ein solches, das sich von einer Elite beglücken läßt. Dieser Aufgabe, für die schon Konfuzius die Formel aufgestellt hat: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“, sollen nun die Korporationen dienen, die selbst keine Macht darstellen, aber eine Art Röhrenschiff bilden, das die soziale Gerechtigkeit von oben verteilt. Bei den bekannten Annäherungsversuchen an die Konföderation der Arbeit sind die führenden Gewerkschaften ganz formale Beresprechungen gemacht worden, daß sich der Faschismus in immer höherem Maße in den Dienst der Arbeiterinteressen stellen werde. Als ersten entscheidenden Schritt hat man die allgemeine Amnestie in Aussicht gestellt, die sich nicht nur auf alle Verurteilten ausdehnen soll, sondern auch auf jene Emigrierten, gegen die kein Strafverfahren anhängig ist, außer dem der rechtswidrigen Ueberschreitung der Grenze.

Weiter läßt Mussolini unter den ihm halbwegs zugänglichen Männern der Opposition sondieren, um zu erfahren, was denn das Volk wünscht und braucht. Zum Harun al Raschid taugt der italienische Premierminister nicht, weil die Angst vor Attentaten seine ganze Psychologie beherrscht. Ein unter die Massen gehender Mussolini ist etwas absolut Unvorstellbares. Der Diktator muß also aus zweiter Hand erfahren, wie die Arbeiter und deren frühere Führer über sein korporatives Experiment denken. In jener nicht ganz unbedeutenden Schicht, in der man antifaschistisch ist, ohne darum Mussolini ganz abzulehnen, ist die Auffassung verbreitet, daß der Ministerpräsident selbst zum großen Teil im unklaren sei über die wahre Lage und die wahre Stimmung im Lande. „Wenn Mussolini das wüßte, würde er es nicht dulden,“ hört man oft ausrufen, auch von Leuten, die in gutem Glauben sind.

Dieser Diktator, dem seine böse Umgebung die Wahrheit vorenthält, halten wir für eine Legende. Daß man dem Lande ein X für ein U macht, unterliegt keinem Zweifel. Die Frage ist nur, ob Mussolini unter den Betrogenen oder unter den Betrügnern einzurufen ist.

Weiß er, daß die Zahl der Arbeitslosen in Italien heute 800 000 übersteigt, obwohl die offiziellen Statistiken nur von 160 000 sprechen? Weiß er, daß bei der Versorgung Italiens mit auswärtigem Kapital eine gewisse Finanzgruppe so sehr bevorzugt wird, daß man geradezu von einem Monopol sprechen kann?

Um seine Reserven an Menschen und an natürlichem Reichtum in Wert zu setzen, braucht Italien heute auswärtiges Kapital; es braucht es dringend, denn seine Bevölkerungsdichte, deren Ueberschuß sich die anderen Länder mehr und mehr verschließen, zwingt zu intensiverer Industrialisierung, bei Strafe der Verelendung. Es fehlt auch keineswegs an Angebot aus dem Auslande. Zur Finanzierung großer industrieller Anlagen und zur Versorgung einiger Großstädte mit Kapital sind vorteilhafte Anerbietungen von nordamerikanischen Finanzgruppen gemacht worden. Sobald man aber vor dem Abschluß steht, so erhebt der Finanzminister Bolpi Einspruch, jedesmal, wenn der nordamerikanische Geldgeber nicht zur Gruppe Morgan gehört!

Ist es zu verwundern, wenn unter diesen Umständen das Gerücht umgeht, Bolpi befähige Provisionen von der von ihm begünstigten Gruppe Morgan? Man denke sich in die Lage eines Landes hinein, für das der auswärtige Kredit im wahrsten Wortsinne Lebensfrage ist, und das für diesen Kredit dem eigenen Finanzminister eine Lantime entrichten muß! Wenn die Milch der Volksbeglückung schon von den Leuten der Regierung selbst so rationell abgejahnt wird, darf man sich nicht wundern, wenn schließlich etwas recht Mageres und Wasseriges zur Verteilung gelangt.

Und wie denkt sich Mussolini die „Versöhnung mit dem Volke“ bei den heutigen Zuständen? Glaubt er wirk-

lich, daß die Wiedereinführung der Höchstpreise für Lebensmittel, die im vollen Gange ist, und die Einstellung der Ermittlungen des Volk zufriedustellen werden? Nach 18 Tagen hat man vor den Affisen von Forlì einen Totschläger verurteilt, weil der Totgeschlagene ein Faschist war, aber die Prozesse für die Verwüstungen nach dem letzten Attentat — Verwüstungen, die nun schon 4 Monate zurückliegen — sind noch immer nicht erfolgt. Glaubt man im Ernst, daß irgendein Volk im zwanzigsten Jahrhundert sich mit den heutigen Rechtsverhältnissen Italiens abfinden kann?

Es gehört eben doch mehr zur Volksbeglückung, als das Bedürfnis der herrschenden Klasse nach einem beglückten Volke. Heute quillt die Unzufriedenheit aus allen Poren! Im demokratischen Regime können die Regierenden den Massen wenigstens sagen: ihr habt euch selbst die Suppe versalzen. Wie kann aber die allmächtige und allgegenwärtige Diktatur die Massen mit der Salzlake versöhnen, die man ihnen als Suppe vorsetzt?

## Stressemanns Bericht.

Die Genfer Tagung vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages erstattete heute vormittag Reichsaussenminister Dr. Stressemann über die letzte Tagung des Völkerbundes Bericht. Nach ihm sprachen Hoehlich (Dnal.) und Breittscheid (Soz.), worauf der Minister erwiderte. Es folgten Reden von Raas (Z.) und Rheinbaben (D. Bp.). Die Beratung wurde dann auf morgen vormittag vertagt.

## Elßässer und Deutschnationale.

Eine deutsche Abfuhr des Autonomisten an Westarp und Genossen.

Seitdem die Autonomistenbewegung im Elß größerer Umfang angenommen hat, sind die Deutschnationalen bemüht gewesen, durch demonstrative Sympathiebekundungen ihre Solidarität mit dieser Richtung zu bekunden. Diesem Festzug setzte Graf Westarp durch seine Frankfurter Rede die Krone auf, die in den Genfer Tagen so viel erwähnt wurde.

Die elßässischen Autonomisten haben diese deutschnationale Aufdringlichkeit als eine Erschwerung ihrer Bestrebungen empfunden. Noch der jüngsten Westarp-Rede hat ihr Organ „Der Elßässer“ einen offenen Brief an Westarp und zugleich an Stressemann gerichtet, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß die Einwohner Elß-Bohringen einmütig jede deutsche Einmischung in ihre Angelegenheiten zurückweisen. Die elßässerischen Fragen seien eine innerfranzösische Angelegenheit. Gerade die deutschen Konservativen und Nationalisten hätten in der Zeit, als das Elß zum Deutschen Reich gehörte, nur Haß und Verachtung für die heiligsten Rechte des Elßässers gezeigt. Das einzige, was ihnen jetzt zutomme sei: Schweigen und sich vergessen lassen!

## Kultur-Reaktion.

Prozeß gegen die Nacktkultur-Bewegung.

Ein Reihe von Gesetzen und Gesegenswürfen — wir erinnern an das famose Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schand und an das Gesetz über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten usw. — schaffen der geistigen, der künstlerischen und der gewerblichen Tätigkeit schwere Hemmungen. Sie wölken unter dem Vorwande des Schutzes und der Bewahrung der Jugendlichen das kulturelle Leben des ganzen Volkes in Bahnen hinein, die von einem erheblichen Teile des Volkes als überlebt empfunden werden und bewußt schon längst verlassen wurden.

In dieser Hinsicht erscheint als besonders lehrreich ein Prozeß, der seit einer Reihe von Monaten gegen den Verlag Robert Laurer schwebt, und dessen Berufungsverhandlung im vergangenen Monat vor der Strafkammer in Lüneburg stattfand. Verlag- und Schriftleiter wurden wegen einer Reihe von Bildern in der Zeitschrift

„Lachendes Leben“ und in dem Buche „Den Freien die Welt“ zu je 420 M. Geldstrafe verurteilt. Die Bilder zeigten Freilichtaufnahmen von nackten Menschen, die der Nacktkultur anhängen.

Es ging und es geht hier wieder einmal um den Begriff der „Unzüchtigkeit“. Wohl mögen einige der Bilder als kitschig empfunden werden, aber derartige Entgleisungen sind eine Frage des Geschmacks und in den „besten“ Familienblättern zu finden. Die Frage der unzüchtigen Wirkung ist aber eine Frage der Phantasie des Beschauers, und die sehr wohl Selbstverhüllung in verderbliche Schwingungen, der unbefangenen nackte Leib nicht. Dem Keinen ist alles rein! Wer auch nur einigermaßen in der Nacktkulturbewegung zu Hause ist, weiß, daß weder sie noch Bildaufnahmen aus ihr mit künstlerischen Werten gemessen werden dürfen. Die Nacktkulturbewegung hat mit Kunst gar nichts zu tun. Sie ist eine aus stülpischem Bedürfnis entstandene Erneuerungsbewegung und will lediglich die Naturerundenheit des Menschen dartun. Die alte Sehnsucht Rousseaus in modernem Gewande!

Wie immer in solchen Prozessen verdient der Hintergrund die größte Beachtung. Den in Hinblick auf Zahl und Bedeutung geradezu erdrückenden Sachverständigen der Verteidigung (Dr. Bondy, Privatdozent für Erziehungswissenschaft an der Hamburger Universität, Direktor Hellmann von Hamburger Jugendamt, Landgerichtsrat Dr. Bahle, Vorsitzender des Reichsverbandes für Freikörperkultur) hatte die Staatsanwaltschaft nur einen Sachverständigen entgegengestellt, und dieser eine — eigentlich zufällig! — ist der Hauptkonservator am Nationalmuseum in München, Prof. Dr. Lill! Während Prof. Lill gar nicht einmal Erlaubnis zur Aussage einholen mußte, wurde die Genehmigung zur Aussage dem Sachverständigen der Verteidigung, dem Direktor Held der Stadt- und Volksbibliothek in München, verweigert!

Ausgerechnet aus Bayern und ausgerechnet ein Konservator, ein Kunstfachverständiger größter Einseitigkeit mußte die „Unzüchtigkeit“ der Bilder aus einer ihm weltfremden Bewegung vor Gericht beschweigen und gegen sein Gutachten war vor dem Lüneburger Gericht nicht anzukommen. Mit diesem Prozeß glaubt die alte Weltanschauung ein Exempel statuieren zu können und der Nacktkulturbewegung als den Ausfluß einer neuen Weltanschauung einen entscheidenden Schlag zu versetzen. „Das also ist Schmutz und Schand!“, so soll es heißen, „das gefährdet die sittliche Reinheit der Jugend. Perceat!“ Die kulturellen Entwicklung soll aus der alten Weltanschauung selbst in ihren Hochburgen mehr und mehr gefährlich werdenden Richtung gebrängt und der biedereren Tradition in sozialer und dogmatischer Hinsicht wieder zugetrieben werden. Immer wieder wird gegen sittliche Erneuerung das berüchtigte, schwärmige „Durchschnittsempfinden des Volkes“ ins Treffen geführt werden und zur Verdammung und Verdammlung zu Schmutz und Schand wird immer wieder ein Konservator frisch lebendiges Leben konservieren wollen.

Darum auch hat der Fall ein über die Rächsbeteiligten weit hinausgehendes Interesse und sollte als Schulbeispiel für die kommende Auswirkung der Schmutz- und Unzüchtigkeitsgesetze, die auf dem Umwege über die „nicht genügend geschützte Jugend“ die Freiheit kulturellen Wirkens aufs stärkste bedroht, gewerkt und beachtet werden.

## Letland ist keine Operationsbasis.

Zeelen über den Vertrag mit Rußland.

Riga, 17. März. (Rth.) Wie die „Rigasche Rundschau“ aus Ljuba berichtet, hat Außenminister Zeelen dort in einer sozialdemokratischen Versammlung sich eingehend über den Vertrag mit Rußland geäußert. Er erklärte, Letland habe mit dem heutigen Rußland sieben Jahre in Frieden gelebt. Ob daselbst mit einem monarchistischen Rußland möglich gewesen wäre, sei sehr die Frage. Jedenfalls sei Letland in höchstem Maße an der Erhaltung des Friedens interessiert, denn ein Krieg biete ihm so gut wie gar keine Chancen. Solange die jetzige Regierung am Ruder bleibe, werde Letland nicht zum Angriffsfeld gegen Rußland werden.

## Ein Schulmädchendrama.

Das Schulmädchendrama „Loni“ von Frau Gina Kaus, das gestern die „Kammerspiele“ einem etwas bescheidenen Publikum vorstellten, wäre vor 36 Jahren eine Tot gewesen. 1891 hat Franz Wedekinds „Frühlings-Erwachen“ die Spieler der deutschen Monarchie aus ihrer latten Ruhe geschleudert. „Loni“ ist das weibliche Gegenstück zu Franz Wedekinds vornehmlich männlicher Kindertagedrama. Frau Gina Kaus behandelt mit unbedenklichem Freimut die festlichen Stürme der Schulmädchen, die zur Zeit der geschlechtlichen Entwicklung in ihnen rumoren, und verrät dabei Beobachtungsgabe, Gestaltungsvermögen und natürlichen Humor. In „Loni“ haben fünf Schulfrauen einen Pakt geschlossen, nach dem sie kein Geheimnis haben und alles miteinander beraten wollen: was ihre jungen Seelen berührt. Das gibt eine gute Gelegenheit, in das aufgewühlte Innere des Bodifische einen Blick zu werfen und die verschiedenen Temperamente zu beleuchten. Am eigenwilligsten von den Fünfen gedreht sich Loni. In ihr gehen die größten Erschütterungen vor sich. Warum? Irgendetwas Großes will sie tun. Sie weiß nur nicht was. Da begegnet ihr das erste Erlebnis in Gestalt des müßlerischen Herrn Andreas, der in ihr die Jüde des jungen Napoleon annimmt. Natürlich wird sie alsbald sein Opfer, ist über die Erfüllung ihrer weiblichen Bestimmung glücklich und unglücklich zugleich, bis — nach Frau Gina Kaus' Meinung — das wirklich Große Losfalle wird. Sie vertraut sich ihrem idealen Jugendgespielen Michael an, und der gibt dem Drama die entscheidende Schlusswendung, indem er dem Zimmerherrn den Revolver vor die Nase hält und damit zum Verzicht auf die Liebesel zwingt. Loni, die — wie man hört — in Wahrheit den Andreas festlich bezwungen hat und damit die Größe ihrer Persönlichkeit empfindet, geht nunmehr sofort in die Hände ihres Jugendfreundes über. Diese durchaus unheroische Wendung ist erstaunlich und rückt das Drama in bedeutende Nähe des Nüchternen, ebenso wie die völlig unnötige Komplizierung des Themas durch eine Verquickung mit dem Problem der lesbischen Liebe, die Frau Kaus auch noch in das Stück verweben hat. Es ist zu begrüßen, wenn eine sicherlich dichterisch und dramatisch begabte Frau die Geheimnisse der jungen weiblichen Seele enthüllt, aber in „Loni“ ist eine Weisenswandtschaft mit den unausgegorenen Pubertätsdramen jüngster Dichtlinge, wie sie der bekannte Schreiner aus Tageslicht zerrt, unverkennbar.

Die zehn Bilder des Schulmädchendramas ziehen die Zuschauer in ihren Bann. In verdankt ist das auch der umsichtigen Regie des Heinz Hilpert, der für schnellen Szenewechsel und eine ganz vorwärtliche Beleuchtung gesorgt hatte. Für die Titelfarbe bringt Sonja Kaiser eine gute Mischung zwischen weiblicher Hingabe, spröder Heuchel und kindlichem Trotz mit. Grete Rossheim entzückt wieder durch Jugendfrische und Natürlichkeit. Loni von Syd spielt rührend ein überbescheidenes Mädchen, und eine bessere Vertreterin der böhleren lesbischen Bertha als Sybill Kares kann man

sich nicht denken. Von den männlichen Darstellern fallen Gotthard Rühl und Mathias Wiemann nach der Plus-, Adrian R. Reito nach der Minusseite auf. Ernst Degner.

Ein Abend der Europäischen Tribüne. Die neugegründete Vereinigung, deren Ehrenausfluß sehr bekannte deutsche Autoren angehören, hatte zu einer Veranstaltung im Herrenhaus eingeladen, die das europäische Weltbild in der Darstellung der neueren Redner formen sollte. Die Vorträge, Mary Schneider, Brailford, betonte in ihrer Ansprache, daß der moderne Mensch an der Grenzlinie einer neuen Epoche stehe, und daß es Aufgabe der Geistigen sei, dieser zur Vollenbung zu verhelfen. Der erste Redner des Abends, Arnold Zweig, suchte zu beweisen, daß die Irrtümer des Vorkriegseuropas unter aller Irrtümer gewesen seien. Unsere Bildung, hervorgegangen aus der großen klassischen Trobilion, habe zu sehr dem rein Ästhetischen gebüdt. Ein verhängnisvoller Glaube sei es gewesen, daß Humanität über den staatlichen Bedingungen und jenseits von Politik und Oekonomie existieren könne. Die deutsche Dichtung von 1900 bis zum Kriege habe zwar formal ausgezeichnete Dichter wie Rilke, Hoffmannsthal, George hervorgebracht, aber abgesehen von dem fragmentarischen Roman „Emanuel Quint“ kein Werk von allgemein menschlicher Größe. Wichtiger als die Hingabe an belanglosen individuellen Schmerz sei die Verankerung in die Seele des kleinen Mannes aus der Almsstraße oder Reinickendorf. Ihm folgte als Redner Gustav Wyneken, der über das deutsche Element im neuen geistigen Europa sich verbreitete. Seine sein formulierten, von philosophischer Erkenntnis getragene Rede gipfelte in der allzu skeptisch zugespitzten Folgerung, daß das Leben nur ein Spiel über einem Abgrund sei. Aufgabe der Bewussten, unter denen er Beobachter hervorhob, sei es, diesem Spiel den Zug ins Erhabene zu geben. Nach dieser sich allzu sehr ins Ideologische und Aesthetisierende verlierenden Formulierung sprachen Hans Jacob über das romanische und N. H. Bender über das angelsächsische Element im neuen geistigen Europa, während Eias Hurwicz sich bemühte, für das bolschewistische Rußland Verständnis zu erwecken.

So lobenswert das Bestreben ist, eine geistige europäische Einheit zu schaffen, so wenig kann dies durch eine allzu einseitige, rein auf das künstlerisch-geistige Schaffen gerichtete Betrachtungsweise geschehen. Es erscheint nicht bloß wichtig, den Raum aus der Almsstraße, wie Zweig das will, dichterisch zu erschaffen oder mit Wonne auf philosophische Höhen zu begeben, sondern an den politischen und ökonomischen Grundlagen der Verankerung zu arbeiten. Es war an diesem Abend viel zu viel von ästhetischen Dingen und viel zu wenig von sozialen die Rede. Vielleicht wird die sehr begrüßenswerte Vereinigung das Versäumte später nachholen.

Die Mode des Ansehens. Es gab eine Zeit, da es eine Dame, die etwas auf sich hielt, mit Entrüstung von sich gemessen hätte, etwas Unrechtes an sich zu tragen. So wenig wie sie sich mit falschem Juwelen oder künstlichen Blumen schmückte, so wenig wollte sie überhaupt von Mitteln wissen, die etwas in ihrer Erscheinung vordrängten. Eine Frau, die heute eine solche Ansicht vertreten wollte, würde für „hoffnungslos altmodisch“ erklärt werden. Ge-

rade das Unrechte gilt als elegant und modern, und man geht darin so weit, daß man das Künstliche geradezu betont und sich gar keine Mühe mehr gibt, wenigstens den Anschein des Natürlichen zu erwecken. Am auffälligsten ist es bei der heutigen Art des Schminkens. Wenn eine Dame früher etwas Rot auslegte, so wollte sie damit ihrem Teint etwas aufhellen und „Rosenwangen“ hervorzaubern oder den Lippen eine möglichst natürliche Röte verleihen. Heutzutage sind die Farben, die auf Mund und Wangen gelegt werden, so aufdringlich grell, daß sie dem Gesicht etwas Maskenhaftes verleihen und nicht mehr wie eine zarte Andeutung der Natur, sondern wie eine bewußte Aufforderung wirken. Die Perlen und Diamanten des modernen Schmucks sind so riesig, daß sie ganz unmöglich echt sein können. Man belädt sich mit falschen Edelsteinen, deren bunter Glanz die Imitation verrät, und trägt Perlenketten, die Hunderttausende kosten würden, wenn sie echt wären. Die goldenen oder silbernen Perlen, die farbigen Frisuren, die zur Abendtoilette über den Kubikopf getragen werden, sind eine Verhöhnung jedes natürlichen Haarschmucks und sollen gerade durch ihre unwirkliche Phantasie ausfallen. Daß man Kunstseide trägt, gehört zu den Selbstverständlichkeiten, und viele Frauen ziehen die Kunstseide vor, weil sie besser aussteht und länger hält. Auch bei den Felsen sieht man gar nicht mehr auf Echtheit, sondern die billigsten Felle werden gern getragen, wenn sie nur wie Jadeit und Hermetin aussehen. Wer keine Zeit hat, um sich der echten Sonnenstrahlen zu erfreuen, der läßt sich mit künstlicher Höhenfonne bestrahlen, und Erfrischung, die man früher in der Erholung im Freien suchte, wird jetzt durch Massage und alle möglichen Mittel gemonnen. So regiert der „Ersatz“ die Mode, und die Damen sind stolz darauf, daß sie sich immer weiter von der „banalen Natürlichkeit“ entfernen.

Ragnals Dank. Anlässlich der zweihundertsten Aufführung des „Grahals des unbekanntesten Soldaten“ hat Paul Ragnal dem Drei-Masken-Verlag folgendes Telegramm zugesandt:

„Ich erlaube mir, Ihnen mit diesen Worten meinen aufrichtigsten und freundschaftlichsten Dank auszudrücken. Ein solches Ergebnis ist sowohl Ihren glänzenden Regisseuren und Schauspielern, die sich in aufopferndster Weise für das Werk eingesetzt haben und jede Nuance herauszuheben vermochten, als auch der Presse, die mit einer vorbildlichen Loyalität die Unvoreingenommenheit und künstlerische Empfanglichkeit des deutschen Publikums bewiesen haben, zu verdanken. Nehmen Sie bitte den herzlichsten Dank Ihres französischen Freundes entgegen und seien Sie versichert, daß Ihr Vaterland ihm soeben die größte Ehre bezeugt hat, die ihm im Leben jemals erwiesen wurde.“

Gerts Roman „Die Mutter“, der zuerst im „Vortage“ erschien, ist jetzt, nachdem er den Stoff für einen erfolgreichen Film abgegeben hat, auch für die Bühne bearbeitet worden, und zwar von dem Regisseur Regisseur Kroschewnikoff, der das Stück demnächst zur Aufführung bringen wird.

Der Verkauf russischer Staatsanleihen begann unter großem Andrang am Mittwoch in London. Der Andrang war so groß, daß nur ein Teil des Publikums Zutritt finden konnte. Der Verkauf (es handelt sich nur um einen Teil) brachte einen Gesamterlös von 80 561 Pfund. Der bekannte Bolschewik-Diamant, der über 41 Karat wiegt, wurde mit 11 800 Pfund verkauft.

## Der Professor fliegt.

### Wegen Schmähdung der Reichsfahne.

Der frühere Universitätsrektor Professor Bahlen, der vom Mai bis Dezember 1924 der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags angehört hat, leistete sich das für einen hohen Beamten der Republik und einen Vertreter deutscher Geistigkeit besonders erhebende Vergnügen, persönlich die auf dem Universitätsgebäude aufgezoogene schwarzrotgoldene Fahne herunterzuholen. Professor Bahlen hat auch sonst es an Schmähdungen der Republik und des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert nicht fehlen lassen. Das Disziplinargericht erster Instanz hielt das ungläubliche Benehmen des Universitätsprofessors mit einer Verurteilung und einer Geldstrafe für ausreichend geküht.

Das preussische Staatsministerium hat nun als zweite und letzte Instanz bei Disziplinarverfahren gegen höhere nichtrichterliche Beamte die endgültige Entfernung Bahlens aus seinem Amte angeordnet. Die republikanische Bevölkerung wird diese Handlung nur begrüßen und höchstens bedauern, daß noch an zahllosen Stellen ähnliche Beamtenbesetzung herrscht, ohne daß man dagegen ausreichend vorgeht.

## Die Feme-Untersuchung.

### Der Antrag Schulte angenommen. — Die Feme festgestellt.

Der Femeuntersuchungsausschuß des Reichstages hatte zum Komplex „Münchener Einwohnerviertel“ in seiner letzten Sitzung den Vermittlungsantrag Schulte-Breslau (3.) und Remples (D. Ep.) angenommen. Die Annahme des Antrages in seinen einzelnen Teilen war mit wechselnden Mehrheiten erfolgt. Hierauf kam es zu einer Debatte über die Frage, ob nun eine Gesamtentscheidung vorgenommen werden müsse. Die Debatte war noch nicht zum Abschluß gekommen und wurde am Mittwoch fortgesetzt.

Mit 11 gegen 8 Stimmen wird schließlich Gesamtentscheidung beschlossen. (Dagegen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Abg. Alpers, Wirtsch. Bg.). Vor der Gesamtentscheidung erklärt

Abg. Landsberg (Soz.): Die von der Mehrheit beschlossenen Thesen gehen uns nicht weit genug, enthalten aber immerhin in vielen Punkten so Zutreffendes, daß wir es nicht verweigern können, sie in der Vertretung verschwinden zu lassen. Wir wollen das Ansehen des Ausschusses retten und es nicht dazu kommen lassen, daß dieser ganz Teil unserer Tätigkeit ausgeht wie das Hornberger Schießen. Wir behalten uns unsere weitergehende Stellungnahme vor, auch Anträge im Plenum, die weitergehend als hier gefaßt sein werden, werden aber in der Gesamtentscheidung für die in der Einzelabstimmung festgestellten Thesen stimmen.

Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) erklärt: Nach unserem Urteil enthalten die Thesen zum Teil durchaus richtige Feststellungen; andere aber sind durchaus nicht zutreffend. Um das in der Abstimmung auszudrücken, werden wir uns der Stimme enthalten.

Dr. Bergsträsser (Dem.) erklärt: Wir halten verschiedene Thesen durchaus für zutreffend, einiges aber für durchaus unzutreffend, vor allem den Antrag Trohmann, werden aber, da es sich um keine politischen Fragen handelt, zustimmen, indem wir uns Weiteres vorbehalten.

In der Gesamtentscheidung wird der Vermittlungsantrag mit 12 gegen 6 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Kommunisten) angenommen.

Der Ausschluß verlagte sich hierauf bis zum 30. März.

## Gegen die Streichung der Kriegsschulden.

Washington, 17. März. (W.T.B.) In einem Brief an den Rektor der Princeton-Universität führte der Staatssekretär Mellon aus: Eine Nation, die ihre eigenen gerechten Forderungen preisgibt, verdient und bewahrt sich schwerlich die Achtung anderer Länder. Die Annulierung der Schulden würde nicht von selbst die Unbeliebtheit verschwinden lassen, die den Vereinigten Staaten gegenüber nach Behauptung der Professoren der Columbia- und der Princeton-Universität in Europa besteht. Die fremden Länder gesehten Vorwürfe seien unsterblich Darlehen und nicht Beiträge für die Alliierten. Die amerikanische Regierung habe während des Krieges ihren Alliierten ermöglicht, Geld auf dem amerikanischen Anleihemarkt mit Unterstützung der Regierung zu borgen, um das Geld für die Anleihen zu beschaffen. Die Frage würde keineswegs anders gewesen sein, wenn die fremden Länder ihre eigenen Bons auf dem amerikanischen Markt verkauft hätten. Bezüglich der Entstehung der Schuld führt Mellon aus: Während die Alliierten ihre Lieferungen in Amerika auf Kredit kauften, hätten die Vereinigten Staaten ihre Lieferungen und Dienste von Frankreich und dem Britischen Reich in bar bezahlt. Hier ist die fundamentale Tatsache, die die Erklärung dafür gibt, warum bei Ende des Krieges jedermann Schulden bei uns und wir Schulden bei niemandem hatten. Wir werden jetzt aufgefordert, diese Schulden zu annullieren, weil behauptet wird, daß sie in einer gemeinsamen Sache eingegangen wurden. Aber weder im Auslande noch in den Vereinigten Staaten ist angeregt worden, daß wir in diesem Falle Rückzahlung für die tatsächlich von uns in Frankreich und Großbritannien ausgegebenen Dollars erhalten sollen.

Im Schluß seines Briefes wendet sich Mellon gegen die Behauptungen, daß die Bedingungen der Schuldenregelungen befreundeten Ländern auf zwei Generationen eine ungeheure Steuerlast auferlegen. Die an die Vereinigten Staaten bezahlten Summen werden nicht durch Besteuerung aufgebracht werden, sondern werden durch die Zahlungen, die die Mächte von Deutschland einreiben, mehr als gedeckt werden.

Reuter bemerkt hierzu: Die obige wichtige Erklärung wurde ohne irgendeinen Kommentar veröffentlicht, aber man ist im Schachmat der Ansicht, daß damit die Frage der Haltung der Regierung bezüglich eines Abweidens von ihrer Schuldensündenerregung endgültig erledigt ist.

## Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Das deutsch-französische Handelsvertragsprätorium sollte nach einer Pariser Meldung schon am Mittwoch unterzeichnet werden. Das ist aber nicht geschehen, weil noch über die Höhe der französischen Weineinfuhr und die französischen Gegenleistungen dafür verhandelt wird. Diese Verhandlungen sind nicht ganz einfach, denn Deutschland verlangt als Gegenleistung die Möglichkeit, Maschinen und andere Fertigwaren nach Frankreich einzuführen, für die der Wozh erst gesucht werden muß, während die französische Weineinfuhr in Deutschland vom Handel ziemlich rasch aufgenommen wird. Da nun Deutschland eine ziemlich lange Liste von Artikeln aufstellen mußte, deren Einfuhr als Gegenleistung verlangt wird, so können diese Verhandlungen immerhin noch einige Zeit dauern.

# Familientragedie auf dem Wedding.

## Ueberfall auf die Schwiegermutter.

Einen Mordanschlag auf die eigene Schwiegermutter verübte heute früh gegen 1/2 9 Uhr der 39jährige Reisende Albert Schmeichel auf seine im Hause Hermsdorfer Straße 8 im Norden Berlins wohnende Schwiegermutter Elisabeth Kundenreich.

Aus der Wohnung der Frau K. ertönten heute früh gellende Hilferufe. Hausbewohner wurden durch die Schreie alarmiert. Einige eilten herbei, andere benachrichtigten das Polizeirevier. Beim Eindringen in die Wohnung fand man Frau K. mit einer schweren Schädelverletzung in einer großen Blutlache in der Küche bewußtlos am Boden liegend vor. Neben der Schwiegermutter lag ein blutiges Küchenbeil. Der anwesende Schwiegerjohn Schmeichel schloß sich dem Tatort und ließ sich von den Polizeibeamten festnehmen. Bei seiner Vernehmung gab der Täter, der außerhalb Berlins wohnt, an, mit seiner Schwiegermutter wegen einer Verleumdungsangelegenheit im Streit geraten zu sein. Der Streit spitzte sich so zu, daß Sch. in sinnloser Wut ein auf dem Tisch liegendes Küchenbeil ergriff und seiner Schwiegermutter, die laut um Hilfe rufend den Korridor zu gewinnen versuchte, vier wuchtige Schläge auf den Kopf versetzte bis sie bewußtlos zusammensank. — Die Schwiegermutter wurde in das Birchow-Krankenhaus geschafft, wo sie sehr bedenklich daniederliegt.

Ueber die Tat und die Umstände, die ihr vorausgegangen sind, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Frau Kundenreich lebt von ihrem Manne getrennt. Ihre Tochter heiratete Schmeichel und zog mit ihm nach Duisburg. Von dort kehrte sie vor einiger Zeit zu der Mutter nach Berlin zurück, weil, wie sie sagt, ihr Mann sie schlecht behandelt habe. Schmeichel dagegen behauptet, daß der Zwist mit seiner Frau lediglich auf seine Schwiegermutter zurückzuführen sei, die ihre Tochter ständig zu seinen Ungunsten beeinflusst habe.

In den Zwist, der hierüber entstand, spielte auch noch eine Lebensversicherung hinein. Schmeichel hatte seine Schwieger-

mutter, die herzleidend ist, versichert, ihr Leben mit 20 000 Mark zu versichern. Er bezahlte zunächst die Prämien, konnte aber zuletzt seiner Behauptung nach nicht mehr und hatte deshalb um Erstattung gebeten. Die Schwiegermutter wollte die Prämien nicht bezahlen. Schmeichel kam jetzt zu einer Auseinandersetzung nach Berlin. In der Wohnung der Schwiegermutter geriet er nun mit dieser und seiner Frau gestern abend wieder in Streit. Als er seine Frau mit einem Stock schlug, sprang Frau Kundenreich dazwischen. In seiner Wut ergriff Schmeichel jetzt ein Küchenbeil und verfehrte ihr mit der stumpfen Seite mehrere Hiebe auf den Kopf.

Die Verletzte wurde nach dem Birchow-Krankenhaus gebracht, wo die Verletzte vier nicht lebensgefährliche Wunden feststellten. Schmeichel stellte sich selbst der Polizei und wurde heute vormittag von der Kriminalpolizei vernommen. Er behauptet in sinnloser Wut das erste beste Werkzeug ergriffen zu haben, ob es ein Beil gewesen sei, wisse er nicht. Die Absicht seine Schwiegermutter zu ermorden, bestreitet er. Diese erklärte dagegen, daß ihr Schwiegerjohn sie habe umbringen wollen, um sich in den Besitz der Lebensversicherungssumme zu setzen.

Ein vermögner Raubüberfall wurde gestern abend an der Ecke Edison- und Siemensstraße zu Neutölln auf eine weibliche Passantin verübt. Ein jüngerer Mensch vertrat einer Frau B. aus der Reichsstraße in Neutölln, die sich auf dem Nachhausewege befand, an der genannten Straßenecke den Weg. Mit der Aufforderung, sich ruhig zu verhalten und ihre Geldbörse herauszugeben, hielt ihr der Räuber eine Pistole vor die Brust. Die Enttäuschung des Bürchen war aber groß, als ihm die Ueberfallene ihre ganze Barckast, die nur aus zwei Mark bestand, aushändigte. Er ergriff sofort die Flucht und entkam in der Dunkelheit unerkannt. Der Täter ist etwa 22 Jahre alt, mittelgroß, hat dunkelblondes Haar, ein mageres Gesicht und trug einen grauen Hut mit schwarzem Bande.

## Der verkehrreichste Platz.

### 30 000 Wagen täglich um die Gedächtniskirche.

Der Berliner Verkehr wächst mit außerordentlicher Schnelligkeit. Es hat sich dabei herausgestellt, daß nicht gerade die Straßen, von denen es die Allgemeinheit annimmt, die befahrensten sind, wie Leipziger und Friedrichstraße, sondern daß einige andere Punkte diesen Ruhm für sich beanspruchen können. Alle Zählungen, die an gewissen Stichtagen gemacht werden, um die Verkehrsstärke festzustellen, weisen große Schwankungen in den Tageszeiten und besonders an den verschiedenen Tagen auf. Das hängt von den Faktoren ab, die das Publikum zum Benutzen der Verkehrsmittel beeinflussen. Besonders das Wetter spielt dabei eine große Rolle, daneben aber auch die Einstellung der Chauffeure zu dem Passierproblem der verschiedenen Straßen. Während man z. B. eine Zeitlang beobachten konnte, daß das Schöneberger Ufer die bevorzugteste Berliner Autostraße vom Westen in die Stadt war, übt in letzter Zeit die Tiergartenstraße die größte Anziehungskraft aus.

Den größten Berliner Verkehr kann die Gedächtniskirche am 30. seit Einführung des Ringverkehrs buchen. Man hat festgestellt, daß in einer Richtung allein an einem Tage 15 000 Fahrzeuge passieren, so daß an verkehrreichen Tagen mehr als 30 000 Wagen rund um die Gedächtniskirche fahren. Die Hauptverkehrsstunde ist abends zwischen 6 und 8 Uhr, in der mehr als 12 000 bis 13 000 Fahrzeuge in einer Richtung innerhalb 60 Minuten den Platz passieren. An zweiter Stelle folgt der Pariser Platz. Hier herrscht um die Mittagszeit der stärkste Verkehr. Die Gesamtzahl aller Fahrzeuge, die diesen Platz innerhalb 14 Stunden benutzen, wird auf etwa 28 000 geschätzt. Als dritter kann erst der Potsdamer Platz genannt werden, der von ungefähr 22 000 bis 23 000 Fahrzeugen täglich überquert wird. Eine sehr beliebte Straße ist auch noch die Königsstraße, weil sie bekanntlich die einzige Zufahrtsstraße vom Zentrum zum Alexanderplatz ist. Da sie im übrigen einen besonders schmalen Damm besitzt, macht sich hier die Verkehrsdichte unangenehm bemerkbar, so daß die 10 000 Wagen, die täglich diese Straße passieren, ein viel schwierigeres Problem bilden, als die 28 000 vom Pariser Platz. Für die Leipziger und noch erstaunlich mehr für die Friedrichstraße scheint seit Einführung der Lichtsignale eine Abnahme des Verkehrs eingetreten zu sein, da die Fahrzeuge, die nicht direkt in diesen Straßen zu tun haben, offensichtlich die Nebenstraßen benutzen. Das ist aber auch nicht immer vorteilhaft, weil diese Nebenstraßen sich weniger für die Bewältigung großen Verkehrs eignen.

## Schulbezerntentwahl.

Der Magistrat hat gestern die Wahl von Bezerntenten für das städtische Schulwesen vollzogen. Auf Vorschlag der Schuldeputation wählte er den Wilmshäger Schulrat Dr. Fischer zum Bezerntenten für die Volks- und Mittelschulen und den Weissenhofer Oberstudienrat Henn zum Bezerntenten für die höheren Schulen. Dr. Fischer ist Sozialdemokrat, Henn ist Demokrat. Die rechtsstehenden Parteien hatten Belegung der Posten mit dem deutschnationalen Schulrat Troll und dem deutschvolksparteilichen Studienrat (und Stadtrat) Benedek gewünscht. Mit beiden Kandidaten sind sie unterlegen.

## Märzgefallenen-Fest der Reichsbanner.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet auf dem Märzgefallenen-Friedhof im Friedrichshain am 18. März eine Gedächtnisfeier. Von morgens 9 Uhr an wird auf dem Friedhof eine Ehrenwache durch eine Abteilung des Kreisfriedrichshain gestellt. Um 11 Uhr erfolgt die Niederlegung eines Kranzes durch Vertreter des Gauvorstandes. Abends 8 Uhr findet ein großer Vorbeimarsch einzelner Berliner Kameradschaften mit Fackeln an dem Ehrenhain statt.

## Universitäts-Bureausratium.

Schon vor einiger Zeit kritisierten wir das rigorese Vorgehen der Berliner Universitätsbehörde bei der Erhebung der Einschreibgebühren, wodurch eine Anzahl Arbeiterabschüler, die nicht durch ihre Schuld die erforderlichen Zeugnisse rechtzeitig einreichen konnten, eine Versäumnisgebühr von 10 Mark zahlen mußten; durch das Einschreiten der Deffektivität sah sich die Hochschulverwaltung dann später überlegen zur Rückzahlung veranlaßt. Einen noch größeren Uebelstand offenbart aber das Verhalten der Berliner Universitätsbehörde bei der Einziehung gestundeter Kolleggebühren. Der Aufforderung zur Zahlung innerhalb von acht Tagen folgt der energische Hinweis: „Geht der Betrag in dieser Zeit nicht ein, verlieren Sie das Semester und haben weiter disziplinarische Maßnahmen zu erwarten.“ Der Verlust des Semesters mag allenfalls noch Verständnis finden; aber armen Hochschulbesuchern, die nicht infolge sind, sofort ihre Gebühren zu zahlen (zum eigenen Vergnügen wird sich keiner etwas künden lassen), mit disziplinarischen Maßnahmen zu drohen, sollte sich die Universitätsbehörde lieber sparen. Es wirkt wie ein Hohn auf die Not vieler Kreise der Arbeiter- und Werkstudenten.

Im Anschluß hieran ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich die Berliner Universitätsbehörde einmal andere Vorbrücke an-

schaffen könnte. Eines der in Frage stehenden Vorbrücke beginnt heute wie folgt: „Sie haben den Ihnen gestundeten Betrag . . . . . bisher nicht bezahlt. Wir fordern Sie auf usw.“ Dieser befehlsmäßige Ton einer Universitätsbehörde Studierenden gegenüber ist ebenso befreiend wie ungehörig und die Studierenden selbst ohne Unterschied der Partei sollten ihn sich verditen.

## Schwerer Unfall im Zirkus Sarrafani.

Im Zirkus Sarrafani in der Funkhalle am Kaiserbaum ereignete sich gestern abend während der Vorstellung ein schwerer Unfall. Ein Lustakrobat einer Luftkutschtruppe, die abendlich ihre waghalsigen Produktionen in etwa 30 Meter Höhe der Halle vorführte, wollte zum Abschluß einen doppelten Salto springen, um auf der anderen Seite in den Händen des Fängers zu landen. Unglücklicherweise verfehrte der Artist sein Ziel, stürzte in die Tiefe, landete zwar in dem aufgepannten Sicherheitsnetz, fiel aber so unglücklich, daß er regungslos im Netz liegen blieb. Der Berunglückte, der das Bewußtsein verloren hatte, wurde in ein naheliegendes Krankenhaus geschafft, wo eine Muskelzerrung im Genick und normalisch auch eine Wirbelsäulenverletzung festgestellt wurde.

## Ein „feiner“ Wartenraum.

Die Reichsbahn ist in den letzten Jahren dazu übergegangen, ganze Bahnhöfe wiederherzustellen. Zu kleinen Reparaturen scheint die Reichsbahn aber keine Mittel zu haben. So befindet sich der Wartenraum auf dem Bahnhof Schönhauser Allee in einem ungläublichen Zustand. Die Türen sind zerast verquollen, daß sie nicht mehr schließen. Zerbrochene Fensterscheiben waren mit Holz oder Blech ausgefüllt worden. Der Raum selbst ist völlig verfallen. Der Kalk fällt stellenweise von den Wänden. Signalisierungen an den Wänden sind zwar fein sauber angepinelt. Den ganzen Raum aber auszubessern, dazu hat es noch nicht gereicht. Die Arbeiter, die in den kalten Morgenstunden auf dem Bahnhof auf ihren Zug warten, stehen lieber im Wind und Kälte, als daß sie den wenig anheimelnden ungeheizten Wartenraum aufsuchen.

## Schickt eure Kinder in die weltlichen Schulen.

Unmäßig bricht sich der Wille zur weltlichen Schule Bahn. Berlin besitzt zurzeit über 40 weltliche Schulen. Der Bezirk Tiergarten hat seit drei Jahren ebenfalls eine weltliche Schule für Knaben und Mädchen in der Waldenstraße 20/21. Dort werden noch Kinder für die Umstellung zum 1. April 1927 aufgenommen. Zur Erreichung der Umstellung ist folgende Mitteilung von beiden Eltern zu unterschreiben und dem Rektor der Schule, in der sich das Kind jetzt noch befindet, zuzustellen: „Wir beantragen, unser Kind (Name) vom Religionsunterricht zu befreien und zum 1. April 1927 der weltlichen Schule, Waldenstr. 20/21, zu überweisen.“

## Retungsdienst auf den Berliner Gewässern.

Die Rettungsgesellschaft der Wasserportvereine von Berlin und Umgegend eröffnet den Sanitätsdienst auf der Station in Ruhnsdorf am Sonntag, dem 20. März. Von dem genannten Tage an ist die Station wieder jeden Sonntag besetzt. Außerdem bestehen Warnungsstationen bei dem Spindlersfelder Ruderklub, im Spreekana, bei der Rudergesellschaft Alt-Brandenburg und bei dem Ruderklub Erkner. Sobald auf diesen Stationen das Warnungssignal (rote Flagge) gelehrt ist, ist das Befahren des Müggelsees mit Gefahr verbunden. In den Oster- und Pfingstfeiertagen befinden sich ferner fliegende Stationen in Neue Rühle, am Dolgensee und am Wolziger See. Für die nächste Zeit ist die Eröffnung einer Station an der Friedrichsbager Seite des Müggelsees in Aussicht genommen.

Achtung, Beamte! Die für Freitag, den 18. d. M., nach dem Jugendheim, Cuvencstr. 3, einberufene Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft findet nicht statt.  
Die Beamtenzentrale: Hermann Wöger.

Schlägerel zwischen Stahlhelm und Koltrank. In der vergangenen Nacht kam es in der Kaiserallee zu einer Schlägerei zwischen Mitgliedern des Roten Frontkämpfer-Bundes und Stahlhelmlenten. Auf beiden Seiten wurden mehrere Personen leicht verletzt und zur Rettungstelle gebracht. Von der einschreitenden Polizei mußten eine Anzahl rote Frontkämpfer und auch Stahlhelmlente festgenommen werden.

Begian der Rheindampfschiffahrt. Am 15. April nimmt die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt, die mit ihren Dampfern den Personenverkehr auf dem Rhein betreibt, den Betrieb wieder auf. Bis zum 30. April verkehrt sowohl rheinabwärts wie rheinaufwärts von Mainz bis Köln täglich ein Dampfer. Vom 1. Mai ab tritt ein erweiterter Fahrplan in Kraft, bei dem in beiden Richtungen, rheinaufwärts und abwärts, mehrere Dampfer verkehren.

Ein grauenvoller Selbstmord. In Bordeaux verübte eine 53 Jahre alte Frau auf ihr eigenes Weis Selbstmord. Sie entkleidete sich, ging in den Keller ihres Hauses, bezog ihren nackten Körper mit Petroleum und zündete ihn an. Die Frau starb einen qualvollen Flammentod.

# Gewerkschaft oder KPD.?

## Austritt eines Gewerkschaftsführers.

Der im Chemnitzer Gewerkschaftsleben überall bekannte und lange Jahre bei der KPD. stehende Gewerkschaftsführer Siegmund hat jetzt seinen Austritt aus dieser Partei beschlossen und begründet ihn in der Chemnitzer „Volksstimme“ u. a. wie folgt:

„Der Hauptgrund meines Austritts aus der KPD. liegt nachdrücklich darin, daß es unter allen Umständen notwendig ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der letzten Organisation der Arbeiterklasse, wo Sozialdemokraten und Kommunisten noch nebeneinander arbeiten, zu erhalten, nämlich die Gewerkschaften. Wer mitten im politischen Leben steht, wer die hohlerfüllten Kämpfe in den politischen Versammlungen und auf der anderen Seite die wirtschaftliche Not und den Uebermut der Unternehmer aus nächster Nähe miterlebt hat, der weiß, daß die Gewerkschaften noch die einzige Plattform sind, von der aus der wirtschaftliche Kampf des Proletariats einheitlich geführt werden kann; sie sind der einzige wirtschaftliche Machtfaktor, vor dem die Unternehmer noch Respekt haben und der in weiterer Erwartung in der Lage ist, das Los der Arbeiterklasse einigermaßen erträglich zu gestalten.“

Wenn aber von einem Gewerkschaftsführer verlangt wird, daß er, der an verantwortlicher Stelle steht, den Verband zu einem Funktionsorgan einer politischen Partei machen soll, dann ist es Zeit, daß man sich mit allen Mitteln dagegen wehrt.

Die Kommunistische Partei hat dieses Ansinnen nicht nur einmal, sondern duzend Male an mich gestellt. Sie hat von mir als Gewerkschaftsführer gefordert, daß ich parteipolitische Beschlüsse der KPD. im Verband

durchführen oder mich mindestens dafür einsetzen sollte. Man hat von mir Bruch der Vertraulichkeit wichtiger Gewerkschaftsbeschlüsse verlangt, ja sogar das Geld der Kollegen in der Bekaltasse für parteipolitische Zwecke verfügbar gemacht werden.

Was hätten wohl meine Gewerkschaftskollegen, deren Vertrauen mich an diesen Platz gestellt hat, dazu gesagt, wenn ich die Mittel der Lokalkasse, wie von mir verlangt wurde, der Roten Hilfe, der I. A. H., den Rußland-Delegationen usw. zur Verfügung gestellt hätte, die mit gewerkschaftlichen Fragen nicht das Geringste zu tun haben? Wie hätte es katastrophal für das Vertrauen der Kollegen untereinander wirken müssen, wenn ich mich bereit erklärt hätte, wichtigste Dinge, die in

Ortsverwaltungssitzungen, in Mitglieder- und Generalsammlungen unseres Verbandes behandelt wurden, vorher der Partei zu bringen? Oder wenn ich mich verpflichtet hätte, mich für die rein politischen Beschlüsse der KPD., deren Tendenz nur der Kampf um die Macht in den Gewerkschaften war, in den Versammlungen und Körperschaften einzusetzen? Unser Verband wäre dann zu

einem reinen Funktionskörper der KPD.

geworden und man konnte mit tödlicher Sicherheit den Tag absehen, wo unsere Organisation im Bezirk durch die Taktik der KPD. und mein Nachgeben vor die Hunde gegangen wäre.

Weil ich nicht nachgegeben habe, weil mir der Verband höher stand als die Ortsgruppe der KPD., weil mir die Gesamtheit der Arbeiterklasse höher steht als ein Teil von ihr und weil ich gewohnt bin, im politischen und gewerkschaftlichen Leben mit reinen Waffen zu kämpfen, deshalb mußte ich meinen Austritt aus der KPD. erklären.“

Siegmund schreibt dann noch: „Doch mein persönliches Schicksal spielt bei der Angelegenheit nur die kleinste Rolle. Wichtig sind die Gründe meines Austritts und wichtig ist die Erkenntnis, die sich endlich auch bei den Arbeitern im kommunistischen Lager Bahn brechen muß. Ich weiß, daß viele mit denselben schmerzhaften Entschlüssen ringen, ich weiß, daß Scham, Trost und Verbitterung manchen guten Entschluß noch hindern werden, aber ich weiß auch, daß die innere Not der allgemeinen Arbeiterbewegung eines Tages uns zur Einigung treiben wird, ob einzeln, oder in Paaren oder in Parteien. Ich bin den Weg bereits gegangen, den mit absoluter Gewißheit die anderen nach mir gehen werden.“

Die Kommunistische Partei verurteilt ihre gewerkschaftlich organisierten Mitglieder dazu, in ihrer Gewerkschaft die Judasrolle zu spielen. Die „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit, ohne die sich die Lage der deutschen Arbeiterklasse hoffnungslos gestalten müßte, muß von den KPD.-Gewerkschaftsmitgliedern systematisch sabotiert werden. Der Bruderkampf wird so in den Gewerkschaften entfacht, die Unausgeklärten werden verwirrt und die Front gegen das Unternehmertum wird geschwächt. Die Gewerkschaften müssen sich bei Strafe ihres Zerfalls gegen ihre „Eroberung“ durch die KPD. mit allen Kräften wenden.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Der vom Reichsarbeitsminister in dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen und dem Zentralverband der Angestellten bestellte Schlichter, Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königsberger, wird voraussichtlich die Schlichtungsverhandlungen zum 24. und 25. März 1927 antoraumen.

### Der Hauptbetriebsrat für Preußen.

Die Neuwahl des Hauptbetriebsrats beim preußischen Finanzministerium und im Ministerium des Innern findet am 19. und 20. März statt. Beteiligt sind die Angestellten, Techniker und Arbeiter bei den Oberpräsidenten, Regierungen, Landratsämtern, Kreisämtern, Katasterämtern, Hochbauämtern, der staatlichen Polizeiverwaltung, Schuttpolizei, Grenzkommissariate sowie in Berlin: beim Finanzministerium und Ministerium des Innern, bei der Bau- und Finanzdirektion und beim Preussischen Statistischen Landesamt.

Bisher gehörten dem aus 11 Mitgliedern bestehenden Hauptbetriebsrat neun Mitglieder der beteiligten freigewerkschaftlichen Organisationen (je drei vom Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) an. Diese Verbände haben auch für die bevorstehende Neuwahl wieder eine gemeinschaftliche Kandidatenliste eingereicht, welche die Bezeichnung

#### Vorschlagsliste I

(Freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterliste)

trägt. Arbeitnehmer, die beim Ministerium die beste Interessenvertretung wünschen, müssen die Vorschlagsliste I wählen!

### Schiedspruch für die Hamburger Werftarbeiter.

Hamburg, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die fristgemäß auf den 1. April gefälligen Lohnsätze des Tarifs für die Seeschiffswerten wurden am Dienstag in dreistündiger Aussprache unter den Tarifpartnern behandelt. Eine Vereinbarung konnte nicht erzielt werden. Hierauf fanden am Mittwoch Verhandlungen unter Vorsitz des Schlichters als Beauftragten des Reichsarbeitsministeriums statt. Auch in diesen Verhandlungen waren die Gegenstände nicht zu überbrücken. Erst die Verhandlungen in der Schlichterkammer führten in der zwölften Abendstunde zu einem Schiedspruch, der Lohnserhöhungen von sechs und fünf Pf. für die volljährigen und zwei bis fünf Pf. für die jugendlichen Arbeiter mit Geltungsfrist bis 1. April 1928 vorsieht. Alle grundsätzlichen Anträge wurden abgelehnt.

Zu diesem Schiedspruch sollen sich die Parteien bis zum 25. März erklären. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Werftarbeiter diesem Schiedspruch ihre Zustimmung geben wird.

### Das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

#### Wie es in der Praxis aussieht.

Daß die landwirtschaftlichen Unternehmer sich noch immer nicht mit der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung der Landarbeiter abfinden können, beweist ein Arbeitsvertrag fol-

genden Borklaus, der kürzlich in der oberhessischen Landwirtschaft abgeschlossen wurde.

#### Arbeitsvertrag für das Jahr 1927.

Zwischen der Gutsverwaltung Bankau D.-S. und dem Bohngärtner D. U. Bankau D.-S., wird nachstehender Arbeitsvertrag abgeschlossen. Die Sätze entsprechen den Bestimmungen der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Kreuzburg, Rosenberg, Günterberg, und zwar erhält ein Stundenlohn von 7,7 Pfennigen, ferner ein jährliches Deputat von:

16 Zentnern Roggen, 3 Zentnern Futtergetreide, 36 Zentnern Kartoffeln, 365 Litern Vollmilch, 40 Zentnern Kohle, 8 Metern Stroh, 1 Morgen Kartoffelfeld und 4 Zentnern Weizen, wenn meine Frau als Hofgängerin mindestens 200 Arbeitstage im Jahre 1927 nachweisen kann.

Ich mache mich einer sofortigen Entlassung schuldig, wenn ich im Jahre 1927 und darüber hinaus nicht politisch betätigt, sei es rechts oder links, d. h. wenn ich einer politischen Organisation angehöre oder einem Verbandsangehörige oder meine Mitarbeiter zum Eintritt veranlasse.

Bankau D.-S., den 2. Januar 1927.

Die Gutsverwaltung (Unterschrift). Unterschrift des Arbeiters.

Wir geben von diesem Arbeitsvertrag mit dem Ersuchen an die Regierungsstellen Kenntnis, der Öffentlichkeit so baldmöglichst mitzuteilen, was gegen die verfassungsmäßige und geschwehrtige Haltung der Gutsverwaltung Bankau unternommen wurde.

### Das Schicksal des alten Arbeiters.

#### Wenn es ein Landrat in der Hand hat.

Aus dem Kreise Röhungen wird uns die folgende Verfügung des neuen Herrn Landrats Friedrich übermittelt, die unter dem 11. Februar an die Straßenmeister des Kreises ergangen ist:

„Unter den Straßenwärttern des Kreises befinden sich ältere Arbeiter, die die erforderliche körperliche Fähigkeit zu einer arbeitsmäßigen Arbeitsausführung nicht mehr besitzen. Im Interesse der Straßenerhaltung ist es unbedingt erforderlich, die alten Arbeitskräfte allmählich durch jüngere zu ersetzen. Ich ersuche daher, allmählich die arbeitsfähigen Arbeiter zu entlassen und an ihre Stelle jüngere und rüstigere Arbeitskräfte einzustellen. Die Neuregelung der Straßenwärtterlöhne wird in nächster Zeit noch erfolgen.“

Den alten Straßenwärttern, die jetzt auf die Straße gesetzt werden sollen, bleibt einstweilen nur die Hoffnung, daß die Straßenwärtterlöhne selbst nach der angeforderten Neuregelung noch derart niedrig bleiben, um jüngere Arbeitskräfte nicht anzulocken. In dieser Zeit der Arbeitslosigkeit leidet ein schwacher Trost. Die armen Teufel, die viele Jahre hindurch ihren Posten bei spottschlechter Bezahlung versehen und keine Pension zu erwarten haben, werden zum alten Eisen geworden, obwohl sie nach Auflösung des Einsenders sehr wohl noch fähig sind, ihre Tätigkeit weiterhin auszuüben. Ohne die Sorge um die notwendige Straßenerhaltung zu unterschätzen, scheint uns doch die Sorge um die alten Straßenwärtter nicht so belanglos, als daß sich eine amtliche Stelle mit einem Federstrich darüber hinwegsetzen dürfte.

### Der Textilarbeiterkampf in Polen.

#### Vor der Erklärung des Generalstreiks.

Lodz, 17. März. (Eig. Drahtb.) Die Regierung ist fortgesetzt bemüht, in dem Bohntonst in der Textilindustrie zu vermitteln, muß aber ihre Versuche, wie sie selbst zugibt, wegen der unangenehm giebigen Haltung der Industriellen als aussichtslos bezeichnen. Angesichts dessen steht der Generalstreik unmittelbar bevor. Eine Sitzung ist zu diesem Zweck bereits einberufen.

Inzwischen haben die Industriellen die Preise für Textilwaren um 5 bis 10 Proz. heraufgesetzt. Das hat innerhalb der Arbeiterschaft große Entrüstung hervorgerufen. Eine Erhöhung einer allgemeinen Löhnerhöhung verursacht muß. In diesem Sinne sprachen verschiedene sozialistische Abgeordnete bereits bei dem Vizeministerpräsidenten Partels vor. Ein Ergebnis mit sofortiger Wirkung wurde nicht erzielt.

Warschau, 17. März. Falls eine am Donnerstag stattfindende Konferenz von Vertretern der Regierung und der Industriellen wegen des Textilstreiks ergebnislos verläuft, soll am Freitag auf Beschluß der Streikleitung in Lodz der Generalstreik erklärt werden.

### „Revision“ des englischen Gewerkschaftsgesetzes.

London, 17. März. (U.) Nach der „Daily Mail“ hat der gestrige Kabinettsrat den Entwurf zur Revision des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1906 fertiggestellt. Nach vor O'Brien soll der Entwurf dem Unterhause zur Beratung vorgelegt werden. Nach diesem Entwurf soll der Generalstreik als ungesetzlich erklärt worden sein, ebenso soll das Streikpostenwesen bedeutenden Einschränkungen unterworfen werden. Die Einklassierung der Gewerkschaftsabgaben soll revidiert, den Mitgliedern von Verbänden, die nicht dem Gewerkschaftsverband angehören, die Streikteilnahme verboten werden.

Aufgehobene Sperre! Die Differenzen mit der Firma S n (Wurffabrik), Weihenstephan, Große Seelitz 123, sind beigelegt. Die Firma hat sich unter schriftlich bereit erklärt, den Wurffabrikanten-Tarif anzuerkennen und einzuhalten.

Die Bestimmungen der Gewerkschaften- und Arbeitslosen-, deren Geltungsdauer nur bis zum 31. März läuft, bleiben, wie wir hören, zunächst bis auf unbestimmte Zeit in Kraft. Die Geltungsdauer wird aller Wahrscheinlichkeit bis zum Oktober weiterlaufen, da man damit rechnet, das Arbeitslosenversicherungsgesetz bis zum Sommer zu verabschieden, so daß es ab 1. Oktober in Kraft treten kann.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-O. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonntagen von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzer; Religion: Dr. John Schilowski; Infanterie- und Konflikte: Fr. Kersch; Anzeigen: Th. Gled; sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

### Tariffestrigkeiten im Versicherungsgewerbe.

Die Berliner Versicherungsangestellten nahmen Dienstag in einer überfüllten öffentlichen Versammlung in den „Armin-Sälen“ Stellung zu dem Vorgehen des Allgemeinen Verbandes der Versicherungsangestellten (A.V.V.), der hinter dem Rücken der am Reichstarif mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsangestellten beteiligten Gewerkschaften einen „Reichstarifvertrag“ abgeschlossen hat. Dieser Tarifvertrag tritt die Interessen der Versicherungsangestellten geradezu mit Füßen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Versicherungsangestellten zeigten in ihren Referaten noch einmal ein Bild von der Einleitung der Tarifbewegung und dem hinterhältigen Durchkreuzungsmanöver dieser Ludwigsgewerkschaft. Die Spitzenorganisationen hatten den Reichstarif zum 31. März gekündigt, um nicht nur die Gehälter gründlich anzuheben, sondern auch die sozialpolitisch rückständigen Anteilsbestimmungen, die eine Mehrarbeit über acht Stunden und unbegrenzte Ueberstunden zulassen, im Interesse der Zehntausende von stellunglosen Versicherungsangestellten zu beseitigen. Durch den Vertrag des A.V.V. sind die Mantelbestimmungen unverändert geblieben und die Gehälter nur ganz unzulänglich erhöht worden. Der 3d.V. forderte ab 1. April für Lehrlinge und jugendliche Gehälter von 50, 60 und 70 M. In den einzelnen Tarifklassen sollten die Anfangsgehälter der Angestellten vom 17. Lebensjahre ab 110, 145, 185 und 300 M. und die Endgehälter 215, 275, 345 und 425 M. betragen. Der A.V.V. forderte bereits im Dezember 1925 für die Lehrlinge und jugendlichen Gehälter von 35, 50 und 75 M. Als Endgehälter für die einzelnen Tarifklassen wurden damals gefordert 240 M., 310 M., 380 M. und 480 M.

Jetzt aber, nach 1 1/2 Jahren, vereinbarte der A.V.V. bis 31. März 1928 folgende Gehälter: Für Lehrlinge und jugendliche 25,60 M., 34,10 M., 42,65 M.; für Angestellte vom 20. Lebensjahre ab 189 M., 244 M., 309 M., 380 M. als Endgehalt. Er hat jetzt Gehälter vereinbart, die bis zu 100 M. monatlich hinter den Ende 1925 geforderten Gehältern zurückliegen, obwohl seit dieser Zeit die Lebenshaltungskosten ganz gewaltig gestiegen sind. Aus rein verbandsgewerkschaftlichem Interesse wurden die Interessen der Versicherungsangestellten preisgegeben. Dieses Treiben hat dahin geführt, daß die Unternehmer mit den Spitzenorganisationen jede Verhandlung ablehnten und ihnen anheimstellten, den Tarif des A.V.V. bedingungslos anzunehmen. Das haben die Organisationen natürlich abgelehnt und beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung des Schlichtungsverfahrens beantragt. Das Reichsarbeitsministerium wird sich einer gründlichen Aufklärung der Gehälter kaum verschließen können, zumal das Versicherungsgewerbe einen überaus guten Geschäftsgang hat. Es sind Prämienentnahmen erzielt worden, die in vielen Sparten den Vorkriegsstand übertreffen. Dividenden-ausschüttungen von 10 und mehr Prozent für das Vorjahr sind keine Seltenheiten. Wenn die Unternehmer riesige Gewinne machen, haben auch die Angestellten das Recht, menschenwürdige Gehälter und Arbeitsbedingungen zu verlangen. Der 1. Vorsitzende des A.V.V. versuchte das Vorgehen seines Verbandes zu rechtfertigen, fand aber bei den Versammelten, mit Ausnahme seiner anwesenden Betreuer, keinen Anklang. Mit erdrückender Mehrheit wurde zum Schluß eine Entschließung angenommen, in der gegen das Vorgehen des A.V.V. protestiert wurde. Die Spitzenorganisationen wurden aufgefordert, bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium die aufgestellten Forderungen entschieden zu vertreten.

**Beste Qualität ist billigster Einkauf**  
Aus eigener Fabrik stets frischgerösteter Kaffee:  
Pfund 2,40 M., 3,50 M., 4,00 M.  
von feinem Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit.  
Echt China, u. Indischer Tee Pfund 4,50 M., 6,00 M., 8,50 M.  
Schokolade, Kakao, Kaka, Konfitüren, Backobst  
Neue Hülsenfrüchte, Eier-Nudeln, ff. Auszugsmehl  
Feinstoffwaren, feine Löhre und Spirituosen  
Gut gepökelte gelackte Wurst, Rot- und Weißwurst.  
Echte Braunschwig, Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.  
Brot- und Käse-Handlung  
**Rudolf Fink, Berlin NW 21**  
Turmstr. 6  
vis-à-vis Kriminalgericht  
Alt-Moabit 83 und Ullmannstraße 100.  
Gemüse-Konserven und Früchte sehr preiswert.

**Vorteilhafter Einkauf**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.  
**Sächsische Tapeten-Industrie,**  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

**100 Jahre**  
Qualitäts-Rabat  
u. Reklamemarken  
regen Nachahmung  
gesetzt. rech.  
fertigt seit 49 Jahren  
als Spezialität  
**Conrad Müller**  
Schkonditz-Leipzig

Blumenspenden  
ebenfalls  
Hilfswort  
**Paul Gollatz,**  
Dozm. Haupt-  
Mariannenstraße 1  
Ecke Spandauerstraße  
10000

**Küchen**  
roh emailliert  
Höhe Lötchen 42 M. 80 M.  
Christine 75 - 125 -  
mit Anrichte  
**Riesenauswahl**  
roher, lackierter, lasierter:  
Küchen, einzelner Kleider-  
und Küchenschränke.  
**Himmel**  
Lohringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

**Metallbetten**  
Stahlmatratzen, Kinderbetten stang u. Hoch-  
Kat. 680 tr. Eisenmöbelabrik Suhl, Thür.

**van Heusen**  
Der  
**HALBSTEIFE KRAGEN**  
Billigste  
Hauswäsche  
Bequem  
Elegant  
Deutsches  
Fabrikat  
überall  
zu haben

**Deutscher  
Republikaner-Reichsbund**  
Ortsgruppe Berlin  
der S a m m e l p u n k t der  
demokratisch und sozial  
eingestellten Republikaner  
Anmeldungen nimmt entgegen und  
Auskunft erteilt der ehrenamtliche  
Geschäftsführer  
**Bürgermeister Paul Kosslein**  
Berlin-Lichterfelde-West  
Hortensienstraße 40.  
Telephon: Breitenbach Nr. 0692